Mediendienst

Stuttgart, 4. November 2024

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Hoher: Möchte nicht, dass wir eine Situation wie in Bayern erleben

Die Rückkehr des Fischotters ist ein positives Zeichen für den Artenschutz.

Es liegt eine Stellungnahme des Umweltministeriums zu einem Antrag (Ds. 17/7398) vor, der sich mit der Rückkehr des Fischotters in Baden-Württemberg befasst. Dazu nimmt der Antragsteller und Sprecher für Naturschutz, Land-, Wald- und Forstwirtschaft der FDP/DVP-Fraktion, **Klaus Hoher**, wie folgt Stellung:

„Die Rückkehr des lange ausgestorbenen Fischotters im Südwesten und Nordosten ist ein positives Zeichen für den Artenschutz in unserem Land. Dennoch müssen wir die Bedenken der Berufsfischer, Teichwirte und der Landesfischerei ernst nehmen, denn ich möchte nicht, dass wir eine Situation wie in Bayern erleben. Mit Blick darauf sollten wir bereits jetzt hier eine artenschutzrechtliche Regelung finden. Sollte es auch in Baden-Württemberg zu größeren Konflikten zwischen Fischottern und der Teichwirtschaft kommen, muss ein Abschuss in Ausnahmefällen möglich sein.

Der Fischotter kann durch seinen hohen Fraßdruck die Fischbestände in kleinen Gewässern erheblich beeinträchtigen. In der Teichwirtschaft besteht zudem das Risiko, dass Krankheiten und Seuchen eingeschleppt werden, was im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass ein Teichwirt seine gesamte Forellenzucht verliert – das möchte ich unbedingt verhindern.

Wie beim Wolfsmanagement darf die Politik die Verantwortung nicht nur auf die Betroffenen vor Ort abwälzen und sich auf teure Zäune verlassen. Es fehlt an einem systematischen Monitoring auf Bundesebene und einer klaren Strategie der Landesregierung, um potenzielle Konflikte frühzeitig zu lösen und die Balance zwischen Artenschutz und wirtschaftlichen Interessen der Fischereiwirtschaft sicherzustellen. Die Landesregierung unterschätzt hier die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Fischzucht und bleibt konkrete Maßnahmen zur Schadensregulierung schuldig. Es kann nicht sein, wenn betroffene Teichwirte auf hohen Kosten sitzen bleiben, ohne Aussicht auf faire Entschädigung.

Den Ruf nach einer Beratungsstelle für Teichwirte und Angelfischer ignoriert die Landesregierung bisher. Eine solche Anlaufstelle wäre ein wichtiger Schritt, um betroffene Betriebe zu unterstützen und präventiv zu handeln, anstatt erst bei Schäden zu reagieren.

Ich fordere die Landesregierung auf, hier aktiv zu werden, damit wir eine nachhaltige Koexistenz von Fischottern und Fischwirtschaft erreichen.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de